

Umweltrecht

Kahl / Gärditz

13., vollständig neu bearbeitete Auflage 2023
ISBN 978-3-406-80448-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Kahl/Gärditz
Umweltrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Umweltrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Dr. h. c. Wolfgang Kahl, M. A.

o. Professor an der Universität Heidelberg

und

Dr. Klaus Ferdinand Gärditz

o. Professor an der Universität Bonn

13., vollständig neu bearbeitete Auflage 2023
des von Dr. Reiner Schmidt begründeten Lehrbuchs

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Kahl/Gärditz UmweltR § 1 Rn. 1

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 80448 9

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 80449 6

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die vorliegende Neuauflage berücksichtigt erneut die zahlreichen neuen Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum seit Abschluss der Voraufgabe im Mai 2021. Insbesondere sei auf das Klimaschutz- und Umweltenergierecht verwiesen, das im Zentrum der umweltpolitischen Debatten wie der juristischen Auseinandersetzungen steht. Auf die Aktivierung des Verfassungsrechts für den Klimaschutz und das – damit jedenfalls teils verbundene – fortgesetzte Ringen um den Einsatz von Rechtsschutzinstrumenten darf verwiesen werden. Nicht zuletzt der (in der Vorauflage noch knapp berücksichtigte) Beschluss des BVerfG zum Bundesklimaschutzgesetz aus dem Jahr 2021 hat vielfältige Spuren im Recht hinterlassen. Mit der Kontrolle der Lieferketten wird zudem die globale Unternehmensverantwortung auch in ökologischer Hinsicht adressiert.

Ziel des Buches ist die wissenschaftlich fundierte und fallbezogene Einführung in die Kerngebiete des Umweltrechts. Ein besonderes Anliegen ist uns ferner die enge Verzahnung der Darstellung mit den allgemeinen Grundlagen des Europa-, Verfassungs- und Verwaltungsrechts (einschließlich des jeweiligen Prozessrechts). Das Relais zur Juristenausbildung wird verstärkt durch die bewährten Beispielfälle, die die dogmatische Problemabschichtung veranschaulichen sollen.

Zu unserer Freude zeichnet ab dieser Auflage Frau Jun.-Prof. *Dr. Jacqueline Lorenzen* für § 6 (Klimaschutz- und Umweltenergierecht) als Koautorin verantwortlich. Ihr ist es maßgeblich zu verdanken, dass diese fluide Materie, bei der seit der Voraufgabe kaum ein Stein auf dem anderen geblieben ist, „domestiziert“ werden konnte. Wesentliche Verdienste um die Aktualisierung kommen Herrn Wiss. Mitarbeiter *Benedikt Huggins* (§§ 7, 10) sowie Frau *Anna-Lena Siehr* (§ 10) zu. Auch Herrn Wiss. Mitarbeiter *Severin Fuchs* sowie den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern *Sophia Effinger*, *Janne Fromberg*, *Amelie Obler* und *Patricia Sugg* sind wir für Mithilfe bei der Einpflegung neuer Rechtsprechung und Literatur dankbar. Frau *Helena Martinez-Krieger* hat sich umsichtig um die Verzeichnisse gekümmert.

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns sehr (kahl@jurs.uni-heidelberg.de; gaerditz@jura.uni-bonn.de).

Heidelberg/Bonn, im Mai 2023

Wolfgang Kahl
Klaus Ferdinand Gärditz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Fälle	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXVII

Einführung	1
-----------------------------	----------

Umweltrecht – Allgemeiner Teil

§ 1. Umweltvölkerrecht	9
I. Einleitung	9
1. Hintergrund	9
2. Entwicklung	9
3. Konferenz von Rio de Janeiro	10
4. „Rio-follow-up“-Prozess	12
II. Die Quellen des Umweltvölkerrechts	14
1. Völkervertragsrecht	14
2. Völkergewohnheitsrecht	15
a) Verbot erheblicher grenzüberschreitender Umweltschädigungen	16
b) Vernünftige Teilung gemeinsamer Ressourcennutzung	17
c) Sonstige völkergewohnheitsrechtliche Grundsätze	17
aa) Informations-, Warnpflicht und Konsultationspflicht	17
bb) Schadensvermeidungspflicht	18
cc) Vetorecht	18
dd) Recht zur ökologischen Intervention	18
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze	19
4. Hilfsquellen	19
5. Soft law	20
III. Schutz des Einzelnen vor grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen	20
1. Völkerrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	21
2. Rechtsstellung ausländischer Grenznachbarn im Verwaltungsverfahren und im Verwaltungsgerichtsprozess	21
§ 2. Umwelteuroparecht	22
I. Einleitung	22
1. Hintergrund	22
2. Entwicklung	24
II. Die Ziele, Prinzipien und Berücksichtigungsgebote	26
1. Ziele	26
2. Prinzipien	28
3. Berücksichtigungsgebote	33
III. Die Kompetenzen und Handlungsformen	33
1. Kompetenzen	33
a) Direkte Umweltschutzkompetenz	33

b) Indirekte Umweltschutzkompetenzen	36
2. Handlungsformen	37
IV. Die Abgrenzung der Kompetenzgrundlagen	39
1. Zulässigkeit	39
2. Begründetheit	40
a) Praktische Relevanz der Abgrenzung	40
b) Gemischt subjektiv-objektive Abgrenzungsmethode und Schwerpunkttheorie	41
3. Zusammenfassung und Ergebnis	44
V. Die nationale Schutzverstärkung	45
1. Zulässigkeit	45
2. Begründetheit	46
a) Vorüberlegungen	46
b) Formelle Rechtmäßigkeit	48
c) Materielle Rechtmäßigkeit	49
aa) Rechtfertigungsgrund	49
bb) Schutzverstärkung trotz Zustimmung bzw. Einstimmigkeit ..	50
cc) Neue wissenschaftliche Erkenntnisse	50
dd) Spezifisches Problem des Mitgliedstaates	50
ee) Nachträgliches Problem des Mitgliedstaates	51
ff) Verhältnismäßigkeit iwS	51
gg) Behinderung des Funktionierens des Binnenmarktes	52
hh) Keine willkürliche Diskriminierung	53
ii) Keine verschleierte Beschränkung des Handels	53
3. Ergebnis	54
VI. Die Umsetzung von Umweltschutzrichtlinien in nationales Recht	54
§ 3. Umweltverfassungsrecht	55
I. Das Staatsziel Umweltschutz	55
1. Entstehungsgeschichte	56
2. Rechtsnatur	57
3. Schutzgüter und Schutzperspektive	59
4. Schutzzumfang und -niveau	61
5. Adressaten	62
II. Der Grundrechtsschutz gegenüber Umwelteingriffen	64
1. Kein allgemeines Grundrecht auf Umweltschutz	64
2. Grundrechte als Abwehrrechte	65
3. Schutzpflichten aus Grundrechten	66
III. Zwischenergebnis: Die begrenzte Steuerungskraft des Umweltverfassungsrechts	74
IV. Die Schadensersatz- bzw. Entschädigungsansprüche	75
V. Die verfassungsrechtlichen Grenzen für den Umweltschutz	76
VI. Die Gesetzgebungskompetenzen im Umweltschutz	78
1. Überblick	78
2. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen	79
3. Abweichungsgesetzgebung	81
4. Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht	82
5. System der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen	82

6. Ergebnis (Fall 4)	82
VII. Die Verwaltungskompetenzen im Umweltschutz	83
§ 4. Strukturen, Prinzipien und Instrumente des Umweltrechts	85
I. Einleitung	85
II. Das Vorhaben eines Umweltgesetzbuchs	86
III. Der Begriff und Zweck des Umweltrechts	91
IV. Die Prinzipien des Umweltrechts	92
1. Vorsorgeprinzip	93
2. Verursacherprinzip	95
3. Kooperationsprinzip	97
4. Nachhaltigkeitsprinzip	99
5. Integrationsprinzip	102
V. Die Instrumente des Umweltrechts	104
1. Planungsinstrumente	104
a) Umweltschutz durch Fachplanung	105
b) Umweltschutz durch raumbezogene Gesamtplanung	109
aa) Raumordnung	109
bb) Bauleitplanung	111
2. Ordnungsrechtliche Instrumente	114
a) Eröffnungskontrollen	114
aa) Verbot mit Anzeigevorbehalt	115
bb) Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	115
cc) Repressives Verbot mit Befreiungsvorbehalt	115
b) Überwachung und repressives Einschreiten der Verwaltung	116
aa) Auskunftsrechte und -pflichten	116
bb) Umweltpflichten	116
cc) Eingriffsbefugnisse	116
3. Umweltverträglichkeitsprüfung und Strategische Umweltprüfung	118
a) Allgemeines	118
b) Begriff und Rechtsnatur	119
c) Umweltverträglichkeitsprüfung	120
aa) Anwendungsbereich	120
bb) Verfahren	123
d) Probleme	125
e) Strategische Umweltprüfung	127
aa) Anwendungsbereich	128
bb) Verfahren	129
4. Indirekte bzw. „ökonomische“ Instrumente	130
a) Umweltabgaben	131
aa) Umweltsteuern	131
bb) Umweltgebühren und -beiträge	133
cc) Umweltsonderabgaben	134
b) Zertifikatehandel	135
c) Umweltsubventionen	136
d) Umweltschutz im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe	137
5. Informale Instrumente	138
6. Umwelthaftung	140

a)	Öffentliches und privates Umweltrecht	140
b)	Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs	141
aa)	Unterlassungsansprüche	141
bb)	Schadensersatzansprüche	141
cc)	Privatrechtsgestaltende Wirkung	142
c)	Umwelthaftungsgesetz	143
d)	Umweltschadensgesetz	143
aa)	Anwendungsbereich	144
bb)	Begriff des Umweltschadens	144
cc)	Begrenzung des Anwendungsbereichs	145
dd)	Verantwortlichkeit	146
ee)	Pflichten des Verantwortlichen	146
7.	Strafrechtliche Haftung für Umweltverschmutzungen	147
VI.	Die Umweltinformation durch Behörden und Unternehmen	148
1.	Grundlagen der Informationsansprüche	149
a)	Funktionen eines freien Informationszugangs	149
b)	Verfassungsrechtliche Verankerung	150
c)	Anspruchsgrundlagen	151
aa)	Akteneinsichtsrechte und allgemeine Auskunftsansprüche	151
bb)	Informationsfreiheitsgesetz	151
cc)	Umweltinformationsgesetz	152
dd)	Verbraucherinformationsgesetz	152
2.	Anspruchsvoraussetzungen der Informationszugangsansprüche	153
a)	Anspruchsberechtigung	153
b)	Anspruchsverpflichtete	154
c)	Anspruchsgegenstände	155
d)	Ausnahmen	155
e)	Verfahren und Rechtsschutz	159
3.	Umweltaudit (EMAS)	160
a)	Allgemeines	160
b)	Verfahrensschritte	161
c)	Umwelterklärung	162
§ 5.	Umweltrechtsschutz	162
I.	Einleitung	162
1.	Hintergrund	162
2.	Entwicklung	163
3.	Rechtsgrundlagen	165
a)	Nationales Sonderverwaltungsprozessrecht	165
b)	Völker- und Unionsrecht	168
II.	Der individuelle Umweltrechtsschutz	169
1.	Zulässigkeit	169
a)	Allgemeines	169
b)	Schutznormakzessorietät	170
c)	Rechtsschutz gegen Verfahrensfehler	172
d)	Völkerrechtliche Öffnung der Klagebefugnis?	174
e)	Grenzüberschreitende Nachbarklagen	178
2.	Begründetheit	178

a) Aufhebungsanspruch	179
aa) Materielle Rechtsverletzung	179
bb) Verfahrensrechtsverletzung	180
b) Kontrolldichte	183
c) Mehrstufige Verfahren	184
3. Einstweiliger Rechtsschutz	185
III. Der Rechtsschutz von Umweltverbänden	185
1. Allgemeines	186
2. Zulässigkeit	186
3. Begründetheit	188
IV. Der Umweltrechtsschutz von Gemeinden	191
V. Der Umweltrechtsschutz vor ordentlichen Gerichten	192

Besonderer Teil des Umweltrechts

§ 6. Klimaschutz- und Umweltenergierecht (Kahl/Gärditz/Lorenzen)	193
I. Einleitung	193
1. Hintergrund	193
2. Begriffsfragen und systematische Einordnungen	194
a) Begriffe	194
aa) Klimaschutzrecht	194
bb) Umweltenergierecht	195
b) Klimaschutz und Umweltenergie als eigenständige (Teil-) Rechtsgebiete des Umweltrechts	195
3. Rechtsgrundlagen	195
a) Klimaschutzrecht	195
aa) Völkerrecht	195
bb) Unionsrecht	196
cc) Nationales Recht	199
(1) Bundesrecht	199
(2) Landesrecht	201
(3) Kommunales Recht	202
b) Umweltenergierecht	203
aa) Völkerrecht	203
bb) Unionsrecht	204
cc) Nationales Recht	206
II. Die Instrumente des Klimaschutzrechts	207
1. Ordnungsrechtliche Instrumente	207
2. Emissionszertifikatehandel als ökonomisches Anreizinstrument	208
a) Grundlagen	208
b) Europäischer Emissionszertifikatehandel	209
aa) Funktionsweise des EU-EHS I	209
(1) Emissionsgenehmigung und Emissionsberechtigungen	209
(2) Abgabe und Zuteilung der Zertifikate	210
bb) Vereinbarkeit mit Grundrechten	211
cc) Rechtsschutz	211
dd) Emissionshandel für die Sektoren Verkehr und Gebäude (EU-EHS II)	212

c) Nationaler Emissionszertifikatehandel	212
aa) Funktionsweise	212
bb) Verfassungsmäßigkeit	214
cc) Rechtsschutz	215
3. Planungsrechtliche Instrumente	215
a) Fachplanung	215
b) Raumplanung	216
c) Bauleitplanung und örtliche Landschaftsplanung	217
d) Klimaschutzplanung	218
e) Kommunale Wärmeplanung	218
4. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Berücksichtigungsgebot	219
III. Die Instrumente des Umweltenergierechts	220
1. Förderung von Strom aus Erneuerbaren Energien	220
a) Ziele und Anwendungsbereich des EEG	221
b) Gesetzlicher Vorrang der Erneuerbaren Energien	221
c) Stärkung der lokalen Akzeptanz	222
d) Fördermechanismen	223
2. Ausbau der Windenergie an Land	225
3. Ausbau der Offshore-Windenergie	227
4. Ausbau von Photovoltaik-Anlagen	229
5. Förderung von Grünem Wasserstoff	230
6. Energieeinsparung und Energieeffizienz	231
7. Gebäudeenergie	233
a) Energetische Mindestanforderungen an Gebäude	233
b) Energieausweise	234
c) Finanzielle Förderung	234
8. Kraft-Wärme-Kopplung	234
9. Anschluss- und Benutzungszwang	235
IV. Der Netzausbau	236
1. Hintergrund	236
2. Netzausbau nach EnWG	237
3. NABEG	238
4. Exkurs: Aufbau einer LNG-Importinfrastruktur	239
V. Der Atomausstieg	240
1. Stilllegung der Kernkraftwerke	240
a) Hintergrund und Rechtsgrundlagen	240
b) Beschleunigter Atomausstieg	241
2. Endlagersuche	243
VI. Der Kohleausstieg	244
1. Reduzierung und Beendigung der Steinkohleverstromung	244
2. Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung	246
3. Unions- und Verfassungsrechtskonformität	246
a) Unionsrecht	246
b) Verfassungsrecht	249
VII. Climate Change Litigation	251
1. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche	252
2. Staatliche Schutzpflichten und intertemporale Freiheitssicherung	253
VIII. Perspektiven	259

§ 7. Immissionsschutzrecht	262
I. Einleitung	262
1. Hintergrund	262
2. Entwicklung	263
3. Rechtsgrundlagen	264
a) Völker- und Europarecht	264
b) Bundesrecht	265
c) Landesrecht	266
II. Die genehmigungsbedürftigen Anlagen	267
1. Genehmigungsbedürftigkeit	267
a) Systematische Unterscheidung genehmigungsbedürftiger und nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen	267
b) Genehmigungsbedürftigkeit einer Anlage	267
c) Störfallrechtliche Genehmigungspflicht nach der Seveso-III- Richtlinie	269
d) Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie	270
e) Rechtsfolgen eines Anlagenbetriebs ohne Genehmigung	270
2. Formelle Genehmigungsvoraussetzungen	270
a) Zuständigkeit	270
b) Genehmigungsverfahren	271
aa) Verfahrensart	271
bb) Förmliches Genehmigungsverfahren	272
(1) Einleitung des Verfahrens	273
(2) Behördenbeteiligung und -koordination	274
(3) Öffentlichkeitsbeteiligung	275
(4) Präklusion	276
(5) Entscheidung	276
cc) Vereinfachtes Genehmigungsverfahren	277
c) Ordnungsgemäße Form	277
d) Fehlerfolgen	278
3. Materielle Genehmigungsvoraussetzungen	279
a) Betreiberpflichten	279
aa) Schutzgrundsatz	279
bb) Vorsorgegrundsatz	282
cc) Abfallvermeidungsgrundsatz und Energieverwendungspflicht	284
dd) Nachsorgepflichten	285
b) Rechtsverordnungen	285
c) Vereinbarkeit mit anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften	285
4. Entscheidung der Immissionsschutzbehörde	286
a) Genehmigungstyp	286
b) Nebenbestimmungen	286
c) Konzentrationswirkung	287
d) Zulassung vorzeitigen Beginns	288
5. Erlöschen der Genehmigung	288
III. Die mehrstufigen Verwaltungsverfahren	289
1. Vorbescheid	290
a) Regelungsgehalt	290
b) Bindungswirkung	290

2.	Teilgenehmigung	291
a)	Rechtscharakter	291
b)	Bindungswirkung	291
3.	Rechtsschutz	291
a)	Entgegenstehen des Vorbescheids	292
b)	Entgegenstehen einer früheren Teilgenehmigung	293
IV.	Die Entscheidungen nach Genehmigungserteilung	294
1.	Nachträgliche Anordnungen	294
a)	Rechtmäßigkeit nachträglicher Anordnungen	294
aa)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	295
bb)	Drittenschutz	296
b)	Bestandsschutz	296
aa)	Genehmigungsrecht	296
bb)	Eigentumsrecht	297
2.	Änderungsgenehmigung	297
3.	Untersagung, Stilllegung und Widerruf	299
a)	Untersagung	299
b)	Stilllegung und Beseitigung	299
c)	Widerruf	299
4.	Verhältnis zu anderen Vorschriften	300
V.	Die zivilrechtlichen Nachbaransprüche	300
VI.	Die nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	301
1.	Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen	301
a)	Anlagenbegriff	301
b)	Anlagenbezug	302
c)	Betreiben	302
2.	Anordnungen im Einzelfall	303
a)	Betreiberpflichten	303
b)	Rechtsverordnungen	304
c)	Privilegierung von Kinderlärm	305
3.	Betriebsuntersagung	306
4.	Rechtsschutz	306
a)	Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch	306
b)	Anspruch gegen die Immissionsschutzbehörde auf Einschreiten ..	307
5.	Verhältnis zu anderen Vorschriften	308
a)	Anforderungen in anderen Gesetzen	308
b)	Konkurrenz der Eingriffsnormen	308
VII.	Die anlagenbezogene Überwachung	309
VIII.	Der verkehrsbezogene Immissionsschutz	310
IX.	Der gebietsbezogene Immissionsschutz	311
1.	Gebietsbezogener Immissionsschutz und Umweltplanung	311
2.	Luftreinhalteplanung	312
a)	Luftreinhaltepläne	312
b)	Pläne für kurzfristig zu ergreifende Maßnahmen	317
3.	Lärmaktionsplanung	317
4.	Rechtsschutz	318
a)	Gerichtliche Durchsetzung der Planaufstellungs- und -fortschreibungspflicht	318

b) Gerichtliche Durchsetzung des Planvollzugs	321
c) Anspruch auf planunabhängige Maßnahmen	322
d) Rechtsschutz	322
§ 8. Gewässerschutzrecht	324
I. Einleitung	324
1. Hintergrund	324
2. Entwicklung	324
3. Rechtsgrundlagen	325
a) Völkerrecht	325
b) Europarecht	325
c) Bundes- und Landesrecht	328
d) Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten	329
II. Die Grundsätze und Strukturen des Wasserhaushaltsgesetzes	330
1. Sicherung und Bewirtschaftung der Gewässer	330
2. Allgemeine Sorgfaltspflicht	331
3. Öffentliche Wasserversorgung	331
4. Wassernutzung und Grundeigentum	332
III. Die wasserwirtschaftliche Benutzungsordnung	332
1. Materielle Anforderungen an die Gewässernutzung	333
a) Sachlicher Geltungsbereich des WHG	333
b) Gewässerbenutzungen	334
2. Materielle Anforderungen an die Gestattung	335
a) Gestattungspflicht	335
b) Art der Gestattung	335
c) Materielle Rechtmäßigkeit	337
aa) Versagungsgründe	337
(1) Schädliche Gewässerveränderungen	337
(2) Andere öffentlich-rechtliche Normen	337
(3) Verschlechterungsverbot	338
(4) Verbesserungsgebot	340
(5) Besondere Anforderungen an die Abwasserbehandlung	341
bb) Bewirtschaftungsermessen	343
cc) Drittschutz	343
3. Planfeststellungspflichtiger Gewässerausbau	344
a) Planrechtfertigung	345
b) Abwägungsgebot	346
c) Zwingende Rechtsvorschriften	347
aa) Abwägungsresistente Planungsleitsätze	348
bb) Besonderheiten beim Ausbau zur Wasserkraftnutzung	348
IV. Die Sonderprobleme des Frackings	350
1. Fracking als gestattungspflichtiger Benutzungstatbestand	350
2. Erprobungsmaßnahmen	351
V. Die Gewässeraufsicht	351
VI. Die Wasserschutzgebiete	353
1. Ermächtigungsgrundlage und Rechtsform	353
2. Materielle Rechtmäßigkeit von Wasserschutzgebietsverordnungen	355
a) Inhalt	355

b) Festsetzungszwecke	355
c) Voraussetzungen der Festsetzung	356
3. Ermessen	356
4. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG	357
5. Entschädigung oder Billigkeitsausgleich	358
VII. Die wasserwirtschaftliche Planung	359
1. Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme	359
2. Überwachungs- und Maßnahmenprogramme zur Bewirtschaftung von Meeresgewässern	360
VIII. Die Gewässerunterhaltung	362
IX. Der Hochwasserschutz	362
§ 9. Bodenschutzrecht	364
I. Einleitung	364
1. Hintergrund	364
2. Entwicklung	365
3. Rechtsgrundlagen	366
a) Europarecht	366
b) Bundesrecht	367
c) Landesrecht	367
II. Der Zweck und Schutzgegenstand des Bundes-Bodenschutzgesetzes	368
III. Der Anwendungsbereich des Bundes-Bodenschutzgesetzes	369
1. Schädliche Bodenveränderungen und Altlasten	369
a) Schädliche Bodenveränderungen	369
b) Altlasten	370
2. Anwendungsausschluss	371
3. Subsidiarität	371
a) Abfallrecht	371
b) Immissionsschutzrecht	372
c) Wasserrecht	373
d) Umweltschadensgesetz	373
IV. Die Pflichten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz	373
1. Gefahrenabwehrpflichten	373
2. Sanierungspflicht	374
a) Inhalt	374
b) Sanierungsverantwortlichkeit	374
c) Mehrheit von Sanierungsverantwortlichen	376
d) Ausschluss der Sanierungsverantwortlichkeit	377
3. Vorsorgepflicht	377
4. Entsiegelungspflicht	378
V. Die Maßnahmen zur Sachverhaltsermittlung	378
VI. Die Ermächtigungsgrundlagen für sonstige Anordnungen im Einzelfall	379
VII. Die Kosten und der Wertausgleich	380
1. Kosten	380
a) Verhältnis Behörde-Verpflichteter	380
b) Innenverhältnis mehrerer Verpflichteter	380
2. Wertausgleich	381
VIII. Die ergänzenden Vorschriften für Altlasten	381

IX. Die Sanierungsanordnung	382
1. Anwendbarkeit des Bundes-Bodenschutzgesetzes	382
2. Sanierungsverantwortlichkeit	383
a) Kreis der Anordnungsadressaten	383
b) Grenzen der Haftung	383
aa) Verjährung	383
bb) Verwirkung	384
cc) Legalisierungswirkung behördlicher Gestattungen	384
dd) Behördliche Duldung	385
3. Ermessen	385
4. Verhältnismäßigkeit	385
5. Ergebnis	387
6. Abwandlung	387
a) Anwendbarkeit von § 4 III 1 Var. 2 BBodSchG	387
aa) Kein Verstoß gegen Rückwirkungsverbot	387
bb) Verstoß gegen Rückwirkungsverbot	388
b) Ergebnis	388
§ 10. Naturschutzrecht	389
I. Einleitung	389
1. Hintergrund	389
2. Entwicklung	390
3. Rechtsgrundlagen	390
a) Völker- und Europarecht	390
b) Nationales Recht	391
II. Die Ziele des Naturschutzes und die Rechtsdurchsetzung	394
1. Ziele	394
2. Rechtsdurchsetzung	395
III. Die Landwirtschaft	396
IV. Die Landschaftsplanung	398
1. Funktion der Landschaftsplanung im System des Planungsrechts	398
2. Überörtliche Landschaftsplanung	399
a) Inhalt	399
b) Verbindlichkeit	400
c) Rechtsschutz	400
3. Örtliche Landschaftsplanung	401
a) Inhalt	402
b) Verbindlichkeit	402
c) Rechtsschutz	402
V. Der allgemeine Gebietsschutz	403
1. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	403
a) Ziele	403
b) Verfahren und Zuständigkeit	404
c) Tatbestand und Rechtsfolgen des Eingriffs	405
aa) Eingriff	406
bb) Pflicht zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen	407
cc) Pflicht zur Kompensation durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen	408

(1) Allgemeines	408
(2) Ausgleichsmaßnahmen	409
(3) Ersatzmaßnahmen	410
(4) Verfahren und Rechtsschutz	411
dd) Abwägung	412
(1) Allgemeines	412
(2) Abwägungsmängel und Rechtsschutz	412
ee) Pflicht zur Kompensation durch Ersatzzahlungen	412
(1) Allgemeines	412
(2) Verfahren und Rechtsschutz	413
2. Eingriffsregelung und Bauleitplanung	414
a) Integration ins Planungsrecht	414
b) Regelungsstruktur	415
c) Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes in der Bauleitplanung	415
aa) Eingriff	416
bb) Vermeidungsgebot	416
cc) Kompensationspflicht	416
(1) Ausgleichsinstrumentarium	417
(2) Zeitliche Anforderungen	417
(3) Durchführung und Kostenerstattung	417
3. Duldungspflichten	418
VI. Der besondere Gebietsschutz	418
1. Flächen- und Objektschutz	419
a) Unterschutzstellung	420
aa) Allgemeines	420
bb) Inhalt	420
cc) Verfahren und Form	420
b) Schutzgebiete und -objekte	422
aa) Flächenschutz	422
(1) Naturschutzgebiete	422
(2) Nationalparke	422
(3) Nationale Naturmonumente	423
(4) Biosphärenreservate	423
(5) Landschaftsschutzgebiete	423
(6) Naturparke	424
bb) Objektschutz	424
c) Rechtsschutz	425
aa) Schutz des Eigentums	425
(1) Inhalts- und Schrankenbestimmung durch Naturschutzverordnung	426
(2) Entschädigungsregelung	426
bb) Berufsfreiheit	427
cc) Kommunale Selbstverwaltungsgarantie	427
2. Biotopschutz	428
3. Insektenschutz: Verbot des Einsatzes von Biozidprodukten	428
4. Europäisches Netz „Natura 2000“	429
a) Unterschutzstellung	429

aa) FFH-Schutzgebiete	429
bb) Potenzielle FFH-Gebiete	430
cc) Vogelschutzgebiete	431
b) Schutzregime	431
aa) Verschlechterungsverbot	431
bb) Verträglichkeitsgrundsatz	432
(1) Projektbegriff	433
(2) Vorprüfung	433
(3) Verträglichkeitsprüfung	434
(4) Ausnahmen	436
cc) Verhältnis zum Planungsrecht	437
c) Rechtsschutz	438
5. Biotopverbund und -vernetzung	439
VII. Der Artenschutz	440
1. Bedeutung und Regelungsstandort	440
2. Allgemeiner Artenschutz	441
3. Besonderer Artenschutz	442
a) Schutzregime	442
aa) Zugriffsverbote	442
bb) Besitz- und Vermarktungsverbote	443
cc) Privilegierungen	443
b) Artenschutz und Bauleitplanung	446
c) Behördlicher Untersuchungsrahmen und Rechtsschutz	446
4. Ausnahmen	447
VIII. Der Meeresnaturschutz	450
1. Allgemeines	450
2. Naturschutz im Bereich der Küstengewässer, der AWZ und des Festlandssockels	451
3. Naturschutz auf Hoher See	452
IX. Die Mitwirkung und der Rechtsschutz von Naturschutz- vereinigungen	452
1. Mitwirkungsrechte am Verwaltungsverfahren	452
a) Allgemeines	452
b) Voraussetzungen	453
c) Inhalt	453
d) Rechtsschutz	454
e) Schwachstelle	454
2. Naturschutzrechtliche Verbandsklage	454
a) Allgemeines	454
b) Voraussetzungen	455
c) Inhalt	455
§ 11. Kreislaufwirtschaftsrecht	456
I. Einleitung	456
1. Hintergrund	456
2. Entwicklung	456
a) Rechtslage bis 2012	456
b) Kreislaufwirtschaftsgesetz	457

3.	Rechtsgrundlagen	457
a)	Völker- und Europarecht	457
b)	Nationales Abfallrecht	459
II.	Grundstrukturen und Anwendungsbereich des KrWG	460
III.	Der Begriff des Abfalls	462
1.	Allgemeines	462
2.	Tatbestandsvoraussetzungen des Abfallbegriffs	462
a)	Stoffe und Gegenstände	463
b)	Erfüllung eines Entledigungstatbestands	463
aa)	Tatsächliche Entledigung	464
bb)	Tatsächlicher Wille zur Entledigung	464
cc)	Vermuteter Wille zur Entledigung	465
dd)	Nebenprodukte	466
ee)	Entledigungszwang	468
3.	Beendigung der Abfalleigenschaft	468
IV.	Die Pflichten der Abfallvermeidung und Abfallentsorgung	470
1.	Abfallvermeidung	471
2.	Arten der Abfallentsorgung	472
a)	Abfallverwertung	472
b)	Abfallbeseitigung	473
3.	Abgrenzung von Verwertung und Beseitigung	475
a)	Allgemeines	475
b)	Energetische Verwertung und Beseitigung	475
c)	Stoffliche Verwertung und Beseitigung	476
d)	Einordnung von Abfallgemischen	477
4.	Entsorgungshierarchie	477
a)	Vorrang der Verwertung vor der Beseitigung	477
b)	Verwertungshierarchie	478
V.	Die Entsorgungsverantwortung	479
1.	Grundsatz der Eigenentsorgung	479
2.	Überlassungspflichten	480
a)	Überlassungspflicht für Hausmüll	480
b)	Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen	481
c)	Beauftragung Dritter	482
d)	Regeln zum „Wie“ der Überlassung	483
3.	Abfallverantwortliche	483
4.	Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger	485
VI.	Das Abfallverbringungsrecht	485
VII.	Die Produktverantwortung	486
VIII.	Die Zulassung und Stilllegung von Abfallentsorgungsanlagen	488
1.	Zulassungsbedürftigkeit	489
2.	Zulassung von Deponien	490
a)	Anzuwendende Vorschriften	490
b)	Zulassungsanspruch	490
3.	Zulassung von sonstigen Entsorgungsanlagen	492
a)	Genehmigungsfähigkeit	492
b)	Genehmigungsverfahren	492
c)	Berücksichtigung städtebaulicher Belange	493

4. Stilllegung	495
a) Stilllegung	495
b) Nachsorgephase	495
IX. Die planerischen Instrumente: Abfallwirtschaftspläne und Abfallvermeidungsprogramme	496
Sachverzeichnis	497


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG